

JAMAICA HAT DIE MASKEN FALLEN LASSEN

WiL: Kohlepoker der Parteien gefährdet Zukunftschancen in der Lausitz



Die Sondierungsgespräche sind gescheitert. Das Jamaica-Experiment findet nicht statt. Das ist kein Grund zur Schadenfreude, auch nicht in der Lausitz. Denn unser Land und seine Wirtschaft brauchen eine stabile Regierung mit klaren Mehrheiten, die einen erkennbaren Kurs für die nächsten vier Jahre und darüber hinaus vorgibt. Aber viele in unserer Region werden doch eingestehen müssen, dass sie die Absage an Jamaica auch mit Erleichterung aufgenommen haben. Immerhin stand in den Gesprächen hinter verschlossenen Türen in Berlin nicht weniger als die Zukunft Lausitz mit zur Disposition. Sie war der leicht zu verhandelnde Einsatz im Pokerspiel um einen von vornherein faulen Kompromiss, denn allen Beteiligten musste klar sein, dass selbst mit radikalen Mitteln wie der Sofortabschaltung von weiteren mindestens 7 Gigawatt Kohlestrom die ambitionierten deutschen Klimaziele nicht mehr zu erreichen sind.

Für Industrie und Mittelstand in der Lausitz wären solche Eingriffe jedoch existenzbedrohend und zudem ein verheerendes Signal für eine ganze Region. Das haben einige der Berliner Pokerspieler offenbar immer noch nicht begriffen, wenn sie der Lausitz als Ausgleich für jährliche Milliardenverluste an Wertschöpfung lediglich 1,5 Milliarden Euro über 15 Jahre verteilt zubilligen und dann auch noch die Sorge äußern, das Geld könnte an die geschädigten Unternehmen fließen.

Um es ganz unmissverständlich zu sagen: Jede weitere erzwungene Stilllegung von Kraftwerkskapazitäten zusätzlich zu der schon beschlossenen Sicherheitsbereitschaft für Jämschwalde gefährdet die Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland und bedeutet die Vernichtung von zehntausenden Arbeitsplätzen in der Lausitz, und zwar nicht nur in der Braunkohle und den von ihr abhängigen Unternehmen selbst. Wie ein Dominoeffekt werden die Auswirkungen sich fortsetzen. Sie werden Wertschöpfungsketten und die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft zerstören, die Kaufkraft stark dezimieren und Firmene Existenzen bei Zulieferern, im Handel und im Dienstleistungsgewerbe bedrohen.

Seit Jahren arbeiten hier Akteure aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft an einem trag- und zukunftsfähigen Konzept für einen Strukturwandel in der Lausitz, damit die Energieregion in den nächsten Jahrzehnten in die Lage versetzt wird, ihr Standbein zu wechseln, das sich heute im Wesentlichen auf die Braunkohleindustrie stützt. Diese Arbeit würde durch bundespolitische Eingriffe in die Energiewirtschaft, wie die Jamaica-Sondierer sie planten, massiv behindert und geschädigt.

Zudem sei daran erinnert, dass die Energiewirtschaft in Ostdeutschland bereits den größeren Teil der CO₂-Einsparungen seit 1990 erbracht und das 40-Prozent-Ziel längst erreicht hat. Der Osten und namentlich die Lausitz haben geliefert. Jetzt muss das auch vom Westen und von anderen Bereichen als der Energiewirtschaft, zum Beispiel beim Wärme- und beim Verkehrssektor, eingefordert werden. Es ist weder energiepolitisch noch wirtschaftspolitisch klug, unter dem Deckmantel des Klimaschutzes nun ein weiteres Mal die Axt im Osten anzusetzen.

Leider ist die Gefahr für unsere Region, zum Spielball einer verfehlten Klima-Symbolpolitik zu werden, noch immer nicht vom Tisch. Jamaica hat die Masken fallen lassen. Nahezu alle beteiligten Parteien waren am Ende offenbar bereit, die Zukunft der Lausitz für das Zustandekommen einer Regierungskoalition zu opfern. Deshalb sollte unsere Botschaft auch an die Verhandler in den Sondierungsgesprächen zwischen CDU, CSU und SPD sein: Lassen Sie nicht zu, dass der Wirtschaftsregion Lausitz aus politischem Kalkül ein nicht wieder gut zu machender Schaden zugefügt wird. Verhindern Sie einen erneuten Strukturbruch, von dem diese Region sich nicht mehr erholen kann. Koppeln Sie sie nicht ab, sondern geben sie ihr die Chance und die notwendige Zeit zur Gestaltung eines nachhaltigen und wirtschaftlich funktionierenden Strukturwandels. Wir schaffen das, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Dr.-Ing. E. h. Michael von Bronk

Vorsitzender des WiL-Vorstandes
Lausitzer Energie Bergbau AG
Lausitzer Energie Kraftwerke AG

EDITORIAL

Es sind turbulente Zeiten in Berlin. Gerade auch für die Lausitz. Nicht wenige Menschen hier werden aufgeatmet haben, als das Jamaica-Farbenspiel für beendet erklärt wurde, noch bevor es richtig begonnen hatte. Ich kann ehrlich sagen, dass auch ich ein Stück weit erleichtert bin. Gleichwohl kann heute noch keiner sagen, wie sich die politischen Verhältnisse in Berlin entwickeln werden und was nun auf die Lausitz zukommt.

Das sollen aber keineswegs die Politiker im Alleingang entscheiden. Wir als WiL werden uns dafür stark machen, dass die Interessen der Menschen in der Lausitz in der Bundeshauptstadt Gehör finden. Die Lausitz braucht einen konkreten Fahrplan für eine geordnete Strukturentwicklung. Abenteurerliche Ausstiegsdebatten bringen uns keinen Schritt weiter. Wie lange wir die Braunkohleverstromung noch als Brückentechnologie brauchen, das können heute weder Parteipolitiker noch Energiewende-Experten sicher sagen. Bei diesem Thema spielen rechtliche Fragen ebenso eine Rolle wie Fragen der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit. Schlussendlich geht es auch um die Frage nach der Lebensperspektive für zehntausende Familien in der Lausitz. Was der plötzliche Wegfall gutbezahlter Arbeitsplätze für eine Region bedeutet, zeigt sich derzeit leider in Görlitz. Einen solchen Strukturbruch wollen wir für das Lausitzer Revier verhindern.

Trotz dieser für die Lausitz stürmischen Zeiten wünsche ich Ihnen besinnliche Weihnachtsfeiertage im Kreise Ihrer Familie.

**Dieter
Maier-Peveling,**

Mitglied des WiL-Vorstandes
CBH Rechtsanwälte
Kanzlei Cottbus

